

Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.



Moin,

ich wünsche viel Spaß beim Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße
Garrelt Duin, MdB

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe am Freitag erklärt, dass ich auf dem Landesparteitag im Mai nicht erneut für das Amt des Landesvorsitzenden kandidieren werde.

Die letzten zwei Jahre nach der verlorenen Landtagswahl waren durch unterschiedliche Herausforderungen für die niedersächsische SPD geprägt.

Vieles ist auf den Weg gebracht worden, die Arbeits- und Organisationsbedingungen haben sich erheblich verbessert. Gleichwohl ist der

Weg zu einer starken Landespartei noch nicht zu Ende, weitere strukturelle Veränderungen sind unerlässlich. Langwierige und immer wiederkehrende öffentliche Auseinandersetzungen haben bei vielen Menschen innerhalb und außerhalb der SPD den Eindruck hinterlassen, wir befassen uns in erster Linie mit uns selbst.

Ich bin der Überzeugung, dass ein personeller Neuanfang an der Spitze unserer Partei die große Chance bietet, das Negative der Vergangenheit hinter sich zu lassen und gleichzeitig in den entscheidenden Fragen der Zukunft neue Kraft zu

erschöpfen.

Meine Erfahrung aus den letzten Jahren hat mir zudem sehr deutlich aufgezeigt, dass ich als Landesvorsitzender ohne Landtagsmandat nicht die erforderliche Präsenz haben konnte, um den Aufgaben so gerecht zu werden, wie die Partei es erwartet. Meine neuen Tätigkeiten in Berlin als wirtschaftspolitischer Sprecher und Leiter des Forums „Wirtschaft und Mittelstand“ im Parteivorstand binden mich aber dort noch stärker. Die Konzentration auf diese Tätigkeiten und die Arbeit in und für meinen Wahlkreis führen ebenso zum Rückzug aus der Funktion des Vor-

sitzenden im Bezirk Weser-Ems im Mai 2010.

Jetzt ist die Zeit, in der bis zum Landesparteitag die Klärung der personellen und strukturellen Zukunft der niedersächsischen SPD möglich ist. Dafür ist eine Kultur des gegenseitigen Respekts und offenen politischen Dialogs untereinander unerlässlich. Ich bin sehr zuversichtlich, dass dieser Neustart gelingt.

In großer Verbundenheit grüßt herzlich

GARRELT DUIN, MdB

Klaus Wowereit spricht beim ostfriesischen politischen Aschermittwoch

Der traditionelle politische Aschermittwoch der ostfriesischen SPD findet in diesem Jahr zum siebten Mal statt. Hauptredner ist Berlins regierender Bürgermeister und stellvertretende SPD-Partei-vorsitzende Klaus Wowereit, der nach Garrelt Duin zu den Gästen sprechen wird.

Die Sozialdemokraten laden am Mittwoch, 17. Februar, ins „Kolossaal“ in Pewsum/Krummhörn ein. Beginn ist um 19:00 Uhr. Der Einlass ist



Klaus Wowereit kommt nach Pewsum.

bereits um 18:15 Uhr. Oliver Jüchems & Mojo-Express werden für die musikalische Unterhaltung sorgen. Der Eintritt kostet 8 Euro pro Person. Dafür gibt es Matjes und ein Getränk.

Eintrittskarten sind noch in der SPD-Geschäftsstelle Norden, Tel. 04931-4416 oder per E-Mail

buero.norden@spd.de

erhältlich.

Neue Büroräume

Aufgrund meiner neuen Funktion als wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion wird mein Bundestagsbüro umziehen. Ab Freitag, 5. Februar 2010, sind unsere Büroräume im Jakob-Kaiser-Haus. Wir sind aber weiterhin unter den bekannten Rufnummern erreichbar:

Tel. 030-227 70145

Fax. 030- 227 76445

E-Mail:
garrelt.duin@bundestag.de

Politik der wirtschaftlichen Vernunft - Für nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung

Gegen Klientelpolitik und Verschuldung fordern wir ein Konzept für nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung. Wir wollen eine Politik, die unsere Volkswirtschaft krisenfester und dynamischer macht. Um gestärkt aus der Krise zu kommen, ist eine intelligente Wachstumsstrategie gefragt, die nachhaltige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander verbindet.

Unsere Hauptforderungen sind:

Private und öffentliche Investitionen müssen gesteigert werden. Mehr unternehmerische Investitionen sind dringend erforderlich, um Arbeitsplätze zu schaffen. Hierfür kommen vor allem Sonderabschreibungen und Investitionszulagen für ressourcensparende Investitionen und gezielte Existenzgründungshilfen in Betracht. Für ökologisch wirksame Investitionen sollen zusätzliche Anreize geschaffen werden.

Gleichermaßen bedarf es eines massiven Impulses bei den öffentlichen Investitionen für bessere Bildung in Deutschland. Mit einer Bildungsoffensive sind die Investitionen in Bildung zu erhöhen.

Es geht darum, eine bessere Balance der deutschen Volkswirtschaft durch eine gezielte Stärkung der Binnenwirtschaft zu erreichen. Für mehr Nachfrage und um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Dumpinglöhne abzusichern, sind in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne zu unterstützen. Ziel ist ein allgemei-



© Deutscher Bundestag

Garrelt Duin sprach zum Jahreswirtschaftsbericht im Deutschen Bundestag: Wir brauchen eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft. Mit der konzeptlosen Politik der Bundesregierung droht wirtschaftlicher Stillstand in Deutschland.

ner gesetzlicher Mindestlohn als unterste Grenze.

Die innerhalb der G 20 und der EU getroffenen Absprachen zur Stabilisierung der Finanzmärkte sind in konkrete Regulierungsvorschriften umzusetzen. Anreize für Spekulationen sind zu begrenzen und Anreize für langfristige Investitionen zu erhöhen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben ist umgehend umzusetzen.

Für die binnenwirtschaftliche Entwicklung wird die Kreditversorgung der Wirtschaft von besonderer Bedeutung sein. Dazu muss es eine verbindliche Selbstverpflichtung der Banken geben, das Kreditvolumen vor allem für den Mittelstand deutlich zu erhöhen.

Zur Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland ist die Modernisierung traditioneller industrieller Zweige auf der Grundlage einer strategischen und ökologischen Industriepolitik voranzutreiben. Leitmärkte

der Zukunft sind auszubauen und neue Absatzmärkte zu erschließen.

Darüber hinaus muss ein neues Steuerkonzept Vermögende, unter anderem durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, stärker in die Verantwortung für das Gemeinwohl nehmen und Normalverdiener sowie Familien steuerlich besser stellen.

Mit der Politik der schwarzgelben Koalition droht wirtschaftlicher Stillstand. Die SPD wendet sich mit dem Kurs der wirtschaftlichen Vernunft gegen eine Politik ohne Konzept. Für die binnenwirtschaftliche Entwicklung wird die Kreditversorgung der Wirtschaft von besonderer Bedeutung sein. Dazu muss es eine verbindliche Selbstverpflichtung der Banken geben, das Kreditvolumen vor allem für den Mittelstand deutlich zu erhöhen.

Zur Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland ist die Modernisierung traditioneller industrieller Zweige auf der Grundlage einer strategischen und ökologischen Industriepolitik voranzutreiben. Leitmärkte der Zukunft sind auszubauen und neue Absatzmärkte zu erschließen. Darüber hinaus muss ein neues Steuerkonzept Vermögende, unter anderem durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, stärker in die Verantwortung für das Gemeinwohl nehmen und Familien steuerlich besser stellen.

Mit der Politik der schwarzgelben Koalition droht wirtschaftlicher Stillstand. Die SPD wendet sich mit dem Kurs der wirtschaftlichen Vernunft gegen eine Politik ohne Konzept.

Finanztransaktionssteuer einführen

Die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer mit dem Ziel, die Finanzwirtschaft an der Finanzierung der Lasten aus der Finanzmarktkrise zu beteiligen und die Spekulationen an den Finanzmärkten einzudämmen., ist unserer Ansicht nach unumgänglich.

Sollte diese Steuer nicht auf internationaler oder europäischer Ebene zu Stande kommen, fordern wir die Bundesregierung auf, eine nationale Börsenumsatzsteuer nach britischem Vorbild einzuführen. Ferner fordern wir von der Bundesregierung eine regelmäßige Berichterstattung über den Verhandlungsstand in Bezug auf die Einführung der Finanztransaktionssteuer.

Konditionen für Kurzarbeit verbessern

Wir wollen die Fortführung und Ergänzung eines der erfolgreichsten arbeitsmarktpolitischen Instrumente der letzten Bundesregierung: die Kurzarbeit. Ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland infolge der Finanzkrise konnte vor allem durch diese Regelung verhindert werden. Die OECD hat anderen Staaten empfohlen, die Regelung zu übernehmen.

Auch Deutschland muss vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktprognosen an dem Instrument der Kurzarbeit festhalten. Die Prognosen für 2010 und darüber hinaus zeigen deutlich, dass Kurzarbeit auch weiterhin ein Hauptelement der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland sein muss.

Die jetzige Bundesregierung hat bereits spürbare Einschränkungen vorgenommen, die die Inanspruchnahme durch die

Unternehmen spürbar zurückführen werden.

Ab dem 1.01.2010 ist der Bezug von Kurzarbeitergeld auf 18 Monate begrenzt. Um einen spürbaren Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu vermeiden und die Kurzarbeit finanziell attraktiv für die Arbeitgeber zu halten, fordern wir eine Ausdehnung der Zahlung auf 36 Monate.

Die Sozialbeiträge sollen nach dem Willen der Bundesregierung ab 2011 von den Arbeitgebern getragen werden. Die finanzielle Belastung für die Unternehmen in der Krise wird so spürbar steigen. Wir wollen die Kostenübernahme durch die BA, um diese Betriebe zu stützen.

Ferner sollen folgende Regelungen über Dezember 2010 hinaus verlängert werden:

- ein erleichterter Zugang zum Kurzarbeitergeld

(Nachweis Entgeltausfall von mehr als 10 %),

- kein Abbau der Arbeitszeitkonten vor Bezug von Kurzarbeitergeld,
- die Möglichkeit für Zeitarbeitsfirmen mit ihren Leih-/Zeitarbeitern Kurzarbeit zu vereinbaren.

Nur durch eine vorausschauende, gestaltende Arbeitsmarktpolitik, wie wir sie in die Wege geleitet haben, werden wir die Innovationskraft der deutschen Industrie in Zeiten der Krise bewahren können. Die geforderten gesetzlichen Regelungen sind eilbedürftig, da die Unternehmen schnellstmöglich Klarheit brauchen. Andernfalls drohen infolge von Kündigungs- und anderen Vorlauf Fristen Entlassungen in großem Umfang.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes - Klientelpolitik rückgängig machen

Wir fordern die Bundesregierung auf, den allgemeinen Umsatzsteuersatz für Beherbergungsleistungen wieder einzuführen, denn die Einführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes ist eine eklatante politische Fehlentscheidung der Koalition von CDU/CSU und FDP.

Die von der Deutscher Hotel und Gaststättenverband (DEHOGA) in Aussicht gestellte spürbare Senkung der Übernachtungspreise in Deutschland bleibt erwartungsgemäß aus. Ein Wachstumseffekt ist nirgends erkennbar, es werden weder die Auslastung noch die Beschäfti-

gung dieser Betriebe steigen. Auch die Warnungen vor zusätzlichem bürokratischem Aufwand bestätigen sich und veranlassen die Wirtschaftsverbände bereits zum öffentlichen Aufruf an die Bundesregierung nach Abmilderung der Lohnsteuerfolgen der Neuregelung.

Bei voller Jahreswirkung gehen den öffentlichen Haushalten rund eine Milliarde Euro verloren. Dies ist angesichts der Haushaltslage unverantwortlich und konjunkturpolitisch nicht zu begründen. Daher muss diese Steuerprivilegierung schnellstmöglich zurück genommen werden.

Maßnahmenbündel gegen Spekulationen auf den Finanzmärkten und ungerechtfertigte Banker-Boni

Mit dem Antrag fordern wir eine Beteiligung der Banken an den Lasten der Krisenbekämpfung und die Ergreifung präventiver Maßnahmen um eine Wiederholung der Finanzmarktkrise zu verhindern. Dazu sollen Regelungen sowohl auf der Ebene des internationalen und nationalen Finanzsystems als auch auf Ebene der einzelnen Banken getroffen werden.

Wir fordern dabei u. a. die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer. Sollte sich herausstellen, dass es kurzfristig weder zu einer internationalen noch zu einer europäischen Übereinkunft kommt, soll es als ersten

Schritt zumindest eine nationale Börsenumsatzsteuer nach britischem Vorbild geben. Weiterhin wollen wir die konsequente Fortsetzung der Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Zudem soll die Bundesregierung auf Pläne zur Neuordnung der Finanzmarktauf- sicht, die die Aufsicht schwächen könnten, verzichten. Auch sollen sich die Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung angemessen beteiligen. Schließlich fordern wir, die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben sofort umzusetzen.

Johannes Hagen für 50 Jahre SPD-Mitgliedschaft geehrt



Am 2. Dezember 1959 wurde Johannes Hagen aus Spetzerfehn Mitglied der SPD. „Es ist schon etwas ganz Besonderes, wenn jemand so lange Mitglied der SPD“, betonte Garrelt Duin, der gemeinsam mit einer Delegation des Ortsvereins Großefehn den Jubilar in Spetzerfehn besuchte. „Johannes Hagen ist unser einziges Mitglied, das 50 Jahre in der Partei ist“, sagte OV-Vorsitzender Friede Schoone. Der Jubilar wurde direkt

nach seinem Eintritt 1959 Vorsitzender und Kassierer des damaligen SPD-Ortsvereins Spetzerfehn. Dem Rat der damals noch selbstständigen Gemeinde Spetzerfehn gehörte Hagen von 1968 bis zur Gebietsreform 1972 an; hier war er als Beigeordneter auch im Verwaltungsausschuss. Auch im Interimsrat Großefehns wirkte der Jubilar mit. Beruflich war er 25 Jahre bei der Torf- und Siedlungsgenossenschaft in Wiesmoor tätig.

„Viele Jahre lang war ich hier im Betriebsrat“, erinnert sich der 83-Jährige, der seit Jahrzehnten Gewerkschaftsmitglied ist.

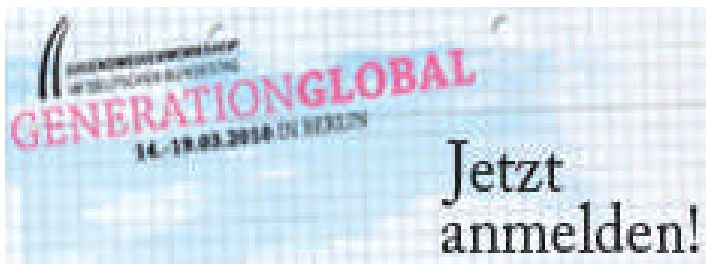
Zu dem Jubiläum gratulierten (von links) Großefehns SPD-Fraktionschef Detlev Schoone, Garrelt Duin, OV-Vorstandsmitglied Christa Schoon, OV-Vorsitzender Friede Schoone und Spetzerfehns Ortsbürgermeister Hinrich Trauernicht.

Termine

- **Mittwoch, 3.2. bis Freitag, 5.2.2010**
Klausurtagung Landesgruppe Niedersachsen/Bremen in Verden
- **Montag, 8.2. bis Freitag, 10.2.2010**
Sitzungswoche Berlin
- **Freitag, 12.2.2010**
17:00 Uhr Ehrungen
SPD OV Aurich-Mitte
- **Sonnabend, 13.2.2010**
15:00 Uhr Parteitag SPD-Gemeindeverband
Krummhörn in Pewsum
- **Montag, 15.2.2010**
17:30 Uhr Präsidium
SPD Unterbezirk Aurich in Norden; 19:00 Uhr UV-Vorstand Aurich in Norden
- **Dienstag, 16.2.2010**
19:00 Uhr Mitgliederversammlung SPD Gemeindeverband Hinte
- **Mittwoch, 17.2.2010**
16:00 Uhr IHK Ostfriesland/Papenburg in Emden ; 19:00 Uhr 7. politischer Aschermittwoch der ostfriesischen SPD in Pewsum
- **Donnerstag, 18.2.2010**
19:00 Uhr Veranstaltung: Wirtschaftsstandort Friesland in der BBS Varel

Workshop für junge Medienmacher im Deutschen Bundestag

Der Deutsche Bundestag lädt gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland bereits zum siebten Mal 40 junge Journalistinnen und Journalisten zu einem Workshop nach Berlin ein. Eine Woche lang werden die Jugendlichen hinter die Kulissen der Berliner Mediendemokratie blicken. Sie hospitieren in Redaktionen, begleiten Hauptstadtkorrespondenten, diskutieren mit Abgeordneten aller Fraktionen und besuchen Plenarsitzungen im Deutschen Bundestag. "Generation Global – Einheit. Nachhaltigkeit. Krise." – das ist der diesjährige Titel der Veranstaltung.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden sich mit politischen und gesellschaftlichen Ereignissen ihrer Generation auseinandersetzen und die Themen aus ihrer Perspektive hinterfragen. Bewerben können sich interessierte Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren mit einem Artikel oder einem Video-/Audiobeitrag zu

einem Thema, das auf der Homepage des Jugendpresstags näher erläutert ist.

Bei Bedarf können Sie sich auch gern an den Abgeordneten Garrelt Duin wenden. Bewerbungsschluss ist der 14. Februar 2010.

Spruch der Woche

„Kontrollierter Optimismus“
Aussage des Bundeswirtschaftsministers Brüderle zum Jahreswirtschaftsbericht

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 - 70145
Fax: 030 - 227 - 76445
garrelt.duin@bundestag.de
www.garreltduin.de